



Stadtzeitung

Amtsblatt der Stadt Neuenburg am Rhein mit den Stadtteilen Zienken, Griftheim und Steinenstadt

2. Änderung des Bebauungsplanes „Gymnasium/Freiburger Straße Nord II“

Inkrafttreten der 2. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Gymnasium/Freiburger Straße Nord II“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB.

Der Gemeinderat der Stadt Neuenburg am Rhein hat am 21.05.2012 in öffentlicher Sitzung die 2. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Gymnasium/Freiburger Straße Nord II“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) als Satzungen beschlossen.

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Gymnasium/Freiburger Straße Nord II“ tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Der Änderungsbereich umfasst die Grundstücke Flst. Nrn. 5767 und 5768 der Gemarkung Neuenburg, Ecke Freiburger Straße/Martin-Schongauer-Straße.

Jedermann kann die Planänderung und deren Begründung während den üblichen Dienststunden der Stadt Neuenburg am Rhein, Fachbereich Lebenswerte Stadt, Baurecht und Umwelt, Rathausplatz 5, 79395 Neuenburg am Rhein, Zimmer Nr. 213, einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und Abs. 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB sowie Mängel in der Abwägung nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB sind gemäß § 215 Abs. 1, Nr. 1 bis 3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend ge-

macht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 28 der Verordnung vom 25.01.2012 (GBl. S. 65, 68) gelten der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften, sofern sie unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder von aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen sind - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplanes mit örtlichen Bauvorschriften verletzt wor-

den sind,

2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

Neuenburg am Rhein, 04.06.2012
Joachim Schuster
Bürgermeister